

Kampf um jeden Arbeitsplatz und jedes Werk – europaweit!

Es ist absolut zynisch, wie die Konzernchefs und die Regierenden mit euch spielen. Das monatelange Hin und Her über die Zukunft von Zehntausenden von Arbeitsplätzen war ein Skandal.

Das jetzige Resultat zeigt aber auch: Die Strategie des Gesamtbetriebsrats ist nicht aufgegangen. Auf 265 Millionen Euro sollten die Beschäftigten in Europa verzichten, damit der Deal von GM mit Magna klappt. Es hat nichts gebracht. Das zeigt von neuem, was in den letzten Jahren schon deutlich geworden ist: Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze!

Es muss jetzt einen grundlegenden Kurswechsel geben. Anstatt Verzicht und Akzeptanz von Arbeitsplatzabbau muss die IG Metall endlich antworten: Wir kämpfen um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Wir sind nicht mehr zu Verzicht bereit. Wir lassen uns nicht mehr erpressen.

Gegen die Hinhaltetaktik muss jetzt der entschlossene Widerstand und die Mobilisierung aller Beschäftigten europaweit entgegengesetzt werden.

Die Drohung von GM-Boss Henderson mit Insolvenz muss mit einem europaweiten Streik in allen Werken für den Erhalt aller Arbeitsplätze und aller Werke ohne weiteren Lohnverzicht beantwortet werden.

Wie den Kampf erfolgreich führen?

In allen Werken muss in Betriebsversammlungen sofort und regelmäßig informiert und diskutiert werden, was zu tun ist. Die Belegschaften müssen international zusammenhalten, sonst werden sie gegeneinander ausgespielt! Keine Belegschaft – nicht in Bochum, Kaiserslautern, Antwerpen oder sonstwo – darf geopfert werden – ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle.

Wenn irgendwo ein Werk geschlossen werden soll, muss der Kampf sofort gemeinsam geführt werden. In den bedrohten Werken muss zu Besetzungen übergegangen werden. Sie sind dann notwendig, um den Abbau von Produktionsanlagen und Maschinen zu verhindern.

Gegen die Schließung von Werken ist die Forderung nach Verstaatlichung die einzige Alternative – unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigtenvertretern und arbeitender Bevölkerung (siehe Kasten).

Druck von unten

Die derzeitige Betriebsratsmehrheit und die IG Metallführung haben keine Strategie für einen Kampf um den Erhalt aller

Arbeitsplätze. Stattdessen hört man immer wieder von ihnen, dass Verzicht und Stellenabbau unausweichlich sind. Wenn sie keinen grundlegenden Kurswechsel vollziehen, ist es notwendig, den Kampf von unten zu organisieren.

Die Beschäftigten von Opel Bochum haben 2004 mit dem einwöchigen Streik von unten ein Beispiel dafür gesetzt. Auch die spanischen KollegInnen in Saragossa haben bewiesen, dass sich Kämpfen lohnt. Um einen Kampf von unten anzustoßen, müssen sich Kolleginnen und Kollegen zusammensetzen und einen Plan entwerfen, zum Beispiel:

- **Ganztägige Betriebsversammlungen einfordern**
- **Aus den Reihen der Belegschaft Arbeitskampfleitungen wählen, die rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar sind**
- **Die Forderungen und weiteren Kampfschritte mit der Belegschaft diskutieren und demokratisch abstimmen**
- **Kontakte mit KollegInnen anderer Werke aufnehmen**
- **Werksübergreifende Versammlungen von Arbeitskampfleitungen, Vertrauensleuten und Aktiven einfordern**

Gerade in der jetzigen Situation der tiefen Wirtschaftskrise würden sich viele zehntausende Menschen mit einem Arbeitskampf bei Opel solidarisieren, weil sie wissen, dass sie auch betroffen sind.

Die Sozialistische Alternative (SAV) erklärt sich mit eurem Kampf solidarisch und steht für Unterstützungsanfragen jederzeit zur Verfügung.

Opel verstaatlichen – Umstellung der Produktion

Die weltweiten Überkapazitäten in der Autoindustrie bedeuten in der Krise: Es können nicht mehr genügend Autos profitabel abgesetzt werden. Daraus folgt für die GM- und andere Autobosse: Produktionskapazitäten müssen heruntergefahren werden. Es läuft auf eine massive Zerstörung von Industrie und weitere Millionen von Erwerbslosen hinaus. Das macht keinen Sinn!

Anstatt Maschinen abzubauen, könnten sie sinnvoll für andere Produkte eingesetzt werden. Deshalb muss die IG Metall die Forderung nach Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung – bei Opel und in der ganzen Autoindustrie – aufstellen. Das wäre zum Beispiel möglich, wenn ein demokratisch gewähltes Gremium aus Vertretern der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates (jeweils zu einem Drittel) die Leitung übernimmt.

So könnte ein sinnvoller Plan entwickelt werden, was in den Werken produziert werden soll und wie dadurch auch alle Arbeitsplätze erhalten werden können. Die Produktion könnte nach Bedarf und nach ökologischen Gesichtspunkten umgestellt werden. Die Arbeitszeit könnte auf 30 Stunden bei vollem Lohn verkürzt werden. Die Arbeitsplätze könnten gesünder gestaltet, die Arbeitshetze beendet werden. Es wäre ein Beispiel dafür, was in der gesamten Autoindustrie und in der gesamten Wirtschaft möglich wäre, wenn sie nicht mehr nach kapitalistischen Profitinteressen funktionieren würde und stattdessen in der Hand von Beschäftigten liegt.

Mach mit bei der SAV!

(030) 247 238 02

info@sav-online.de

